

Verhandeln, um stillzustehen

Über das Ende der Kosovo-Gespräche wird weiterhin spekuliert, eines steht aber jetzt schon fest: Ein gutes und beide Seiten zufriedenes Ende wird es schwerlich sein.

Marathonläufer trage pocasni krug“ – „Marathonläufer laufen die letzte Runde“, einer der beliebtesten Filme der späten jugoslawischen Ära, ist eine turbulente Tragikomödie mit vielen surrealen Elementen, deren Ende vom unerbittlichen und mit allen Mitteln geführten Kampf zweier im Bestattungswesen tätiger serbischer Familien und von deren Untergang bestimmt ist. Seit Anfang 2006 wird formal über den Status des Kosovo verhandelt, die letzte – erfolglose – Runde fand dieser Tage in New York statt. Serbische und kosovo-albanische politische „Marathonläufer“ laufen unter der Anleitung und Aufsicht der internationalen Verhandler schon seit langer Zeit ohne jeglichen Erfolg. Der Lauf mutet wie der Film surreal und tragikomisch an – sie laufen um still zu stehen. Über das Ende wird weiterhin spekuliert, eines steht aber jetzt schon fest: ein gutes und beide Seiten zufriedenes Ende wird es schwerlich sein.

Der Status quo im Kosovo ist längst unerträglich geworden, sowohl für die Kosovaren als auch für die internationale Gemeinschaft. Das derzeitige Provisorium hat längst seine Funktion verloren und schafft mit jedem Tag seiner Fortdauer Verlierer. Die Wirtschaft stagniert, das soziale Frustrationspotenzial wird immer größer, die Menschen werden apathischer. So sind mehr als 70 Prozent der Kosovaren in Bezug auf zukünftige wirtschaftliche Entwicklung skeptisch. Die extreme und weiterhin steigende Arbeitslosigkeit und nicht der Status werden nach den Meinungsumfragen von UNDP als das größte Problem im Kosovo gesehen. Mehr als 50% der Kosovaren wären bereit, wegen der chronisch schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage auf die Straße zu gehen, die Tendenz ist steigend. Die Migrationsbereitschaft der vor allem jungen Kosovaren ist enorm. Auch der tiefe Graben zwischen den Serben und Kosovo-Albanern wird durch die Verlängerung des Status quo nicht geringer. Jegliches Hinauszögern der Entscheidung über den Status käme einer Steigerung des Unerträglichen gleich.

Alarmierende Daten

Diese alarmierenden Daten lassen die politischen Vertreter beider Verhandlungsparteien scheinbar kalt. Die kosovo-albanischen politischen Eliten sind in den Verhandlungen vor allem an der Realisierung ihrer politischen Mantra – jener der Unabhängigkeit – fixiert. Ohne Unabhängigkeit als einer inflationär eingesetzten Projek-

tionsfläche für die Zukunft würden den Menschen im Kosovo die Politik eines großen Teils ihrer Eliten als das erscheinen, was sie leider tatsächlich ist – schablonisierte und visionslose Politik, in deren Mittelpunkt ihre eigenen Privilegien und Partikularinteressen stehen. Mit einer solchen Politik kann es nach der erreichten Unabhängigkeit nur ein böses Erwachen in sozialen Protesten und Unruhen im Kosovo geben.

Populistische Machterhaltungsstrategie

Auf der Seite der serbischen politischen Eliten hat es schon längst den Anschein, dass sie im Grunde nur über die Bedingungen für die Fortsetzung ihres politischen Überlebens verhandeln. Kosovo-Albaner sind im Laufe der rezenten serbischen Geschichte zur weitgehend irrationalen serbischen Paranoia geworden. So wie Milošević das imaginierte Böse – die Kosovo-Albaner – benutzte, um seine Politik aufzuziehen und die totale Kontrolle über das Land zu erlangen, so ähnlich wird heute von der serbischen politischen Elite der Kosovo benutzt, um das eigene politische Überleben zu sichern. Die populistische Machterhaltungsstrategie der serbischen politischen Elite, die in einer Mischung aus banalen rückwärtsgerichteten nationalistischen Reflexen und stumpfen Argumenten den Kosovo für eigene Zwecke benutzen, macht einen Kompromiss auf der serbischen Seite de facto unmöglich.

Angesichts einer solchen Ausgangslage ist eine Kompromisslösung eine Illusion. Nach dem 10. Dezember wird es also rasch zu einer Entscheidung kommen müssen. Drei Punkte scheinen klar zu sein: Erstens wird unabhängig von der Lösung der Kosovo de facto in einen serbischen Norden und einen albanischen Süden geteilt sein. Dies wird sich kaum verhindern lassen. Sicher ist zweitens auch, dass erst nach der Lösung des Status quo große Probleme auf den Kosovo warten: funktionsfähige Institutionen müssen aufgebaut, die Herrschaft des Rechts gesichert werden, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme überwunden, das soziale Protestpotenzial abgefangen werden. Und drittens ist es auch klar, dass unabhängig vom Ausgang des derzeitigen politischen Tauziehens zwischen Russland und den USA Kosovo ein europäisches Problem sein wird.

Die Glaubwürdigkeit der EU steht im Kosovo auf dem Spiel. Kommt es zu einer einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit durch das Parlament in Priština – dies ist derzeit neben allen anderen Optionen (substantielle Autonomie laut serbischem Vorschlag, Staatenbund auf Zeit, Hong Kong-Modell, etc.) derzeit die wahrscheinlichste – und preschen im gleichen Atemzug die USA mit der Anerkennung des Kosovo vor, steht die EU vor einem großen

GASTKOMMENTAR VON VEDRAN DŽIHIĆ



Dilemma. Erzielt man in Brüssel keinen Kompromiss in der Anerkennungspolitik wird die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einen enormen Schaden abkommen und die Kluft in einem Europa, dem es seit den Verfassungsdebatten und den Diskussionen über ein altes und neues Europa an Klüften nicht mangelt, würde noch einmal verstärkt werden. Dies kann sich die EU nicht leisten.

Sofort-Hilfe-Programm der EU

Daher muss die EU alles daran setzen, in der Zeit bis zum 10. Dezember das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Die Union muss intensiv am Konsens in der Kosovo-Sache unter den Mitgliedstaaten arbeiten. Es muss daran gedacht werden, wie eventuelle negative Auswirkungen auf die Region (vor allem auf Bosnien und Mazedonien) abgefangen werden können. Die kosovarischen Institutionen und Repräsentanten müssen unermüdlich daran erinnert werden, dass unabhängig von der Art der Statuslösung die Inhalte des Ahtisaari-Plans schnell umgesetzt werden müssen. Die EU als zukünftige Ordnungsmacht im Kosovo muss sich dessen bewusst sein, dass einer der Schlüssel zur Lösung der „kosovarischen Krise“ vor allem in der Fokussierung aller Ressourcen und Bemühungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der jüngsten Gesellschaft Europas liegt. Konkret kann dies nur mit einem durchdachten und entschlossenen Paket von Maßnahmen erreicht werden, das in Form eines großzügigen

Sofort-Hilfe-Programms der EU in Form eines „Independence Package“ beginnend mit dem ersten Tag der Unabhängigkeit umgesetzt werden muss.

Das Paket soll darauf abzielen, durch Intensivierung von ausländischen Direktinvestitionen und einer Modernisierung der Strukturen in Industrie und Handel die Abhängigkeit der Wirtschaft und Gesellschaft des Kosovo von externen Finanzspritzen und Zuschüssen langfristig abzubauen. Es muss auf eine saubere und auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit aufgebaute Verwaltung gesetzt werden. Vor allem braucht es dringend innovative Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dabei besonders der alarmierend hohen Jugendarbeitslosigkeit sowie neue Konzepte zur Regulierung der Migration (Stichwort Liberalisierung der Visa-Politik), die – eingebettet in den Rahmen einer aktiven Migrationspolitik innerhalb der EU – neue Möglichkeiten für die Entwicklung der traditionell stark nach Europa ausgerichteten Population des Kosovo eröffnen soll.

Realitätsnaher Marathonlauf nötig

Ein entscheidender Teil des neuen EU-Engagements im Kosovo muss die zuletzt vermisse Bekräftigung des „Erweiterungscommitments“ sein. Nicht zuletzt müssen beide Seiten überzeugt werden, dass sie in einem zukünftigen gesamteuropäischen Umfeld als Nachbar und Mitglieder einer größeren Union einen Weg zum konstruktiven und produktiven Umgang miteinander finden müssen. Dies wird nicht leicht sein. Diese regionale Perspektive im Rahmen einer großen europäischen ist aber der entscheidende Schlüssel zur Stabilität des Kosovo und der gesamten Region. Der nächste Marathonlauf muss also ein europäischer und realitätsnaher werden.

Vedran Džihic ist Politologe an der Universität Wien und „Research Analyst“ der Assoziation Bosnien-Herzegowina 2005.

meinung@diepresse.com

DAS BUCH

„Ein Markus“

Ein echter Markus – das ist inzwischen ein Markenzeichen und garantiert dem Autor und dem Verlag ein ebenso glänzendes Weihnachtsgeschäft wie im Vorjahr und im Jahr davor und . . . Die Methode, mit der Georg Markus diesmal vorgeht, ist dennoch neu und originell: Der Spaziergänger trifft längst verstorbene Berühmtheiten und lässt sie erzählen. Die biografischen Details sind „echt“, die Begegnung fiktiv. Und so erfahren wir aus berufenem Munde Einzelheiten über Zelebritäten, die wir alle schon zu kennen glaubten: Billy Wilder, Maria Theresia, Josefine Mutzenbacher, Anna Sacher. Hans Moser offenbart uns ebenso amüsante Erlebnisse wie Johann Nestroy. „Ich bin ja auch nicht mehr der Jüngste“, ächzt der Ötzi vom Similaungletscher, dafür ist Marcel Prawy in seiner Opernloge umso fiderer. Er weigerte sich einfach, seinen Tod zur Kenntnis zu nehmen. Interessant/amüsant. ★★★★★ hws

GEORG MARKUS

»Wie war es wirklich?«



Georg Markus „Wie war es wirklich?“ Indiskrete Fragen an historische Persönlichkeiten

Amalthea Verlag 2007, 334 Seiten, € 24,90

quergeschrieben

Richterliches

Richterinnen und Richter stehen nicht außerhalb des politischen Zeitgeists. Gegen ihn aufgetreten sind wenige.

George Bush sagt es, Angela Merkel auch, die österreichische Justizministerin betont es, der Innenminister weist beruhigend darauf hin: Wenn es, liebe Staatsbürger, vorkommt, dass der Staat euren Telefonaten und E-Mails nachspürt, „Trojaner“ entsendet und die Festplatten der Computer durchsucht, dann wird selbstverständlich immer vorher ein Richter gefragt. „Nur nach richterlicher Zustimmung“, lautet die Formel. Solchermaßen getröstet können Herr und Frau Österreicher ruhig schlafen. Unsere Freiheit wird geschützt. Von Richterinnen und Richtern. Sie garantieren unsere Rechte. Wenigstens jemand, auf den Verlass ist.

Ein Blick zurück relativiert diese Idylle. Verlass auf Richter war wirklich immer, allerdings in einem andern Sinn. Denn wenn etwas in der Geschichte der österreichischen Rechtssprechung auffällt, dann ist es nicht so sehr das leidenschaftliche Eintre-

ten für Grundrechte als ein feines ideologisches Gespür für die jeweilige Staatsmacht. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Justizpraxis. Karl Kraus hat Richter der Monarchie beschrieben, die jugendliche „Saboteure“ wegen „ihrer physischen Reife“ für volljährig erklären konnten, um sie hinrichten zu lassen. Das war in Kriegszeiten. Aber trug nicht die richterliche Tendenzjustiz auch am Zerfall der Ersten Republik eine gerüttelte Mitschuld? Warum wurden politische Gewalttaten (bis hin zum Mord) nicht entschlossener verurteilt und selbst Staatsstreichversuche nur mit lächerlichen Strafen abgetan?

1933 war man plötzlich radikaler: Man griff nach der Devise „Je härter die Urteile, desto gerechter“ durch und brachte mit Schwerverletzten und gewählten Abgeordneten endlich „die Richtigen“ auf den Galgen. Selbst Höchststricher entpuppten sich nun als Erfüllungshelfen der Politik und legten mit freiwilligen Rücktritten den Verfassungsgerichtshof lahm: Man wollte den neuen Machthabern beim Verfassungsbruch nicht im Wege sein. Über die schreckliche Rolle von Richtern bis in die letzten Tage des NS-Regimes ist viel geschrieben worden.

Auch nach 1945 ging der Parallelslalom von Richterschaft und Politik weiter. Kurz nach dem Krieg entnazifizierte man, das machte sich gut, aber sobald sich der Zeitgeist gewandelt hatte, verliefen die meisten Verfahren im Sand. Als bundesdeutsche Justizbehörden Österreich um die Entsendung von Justizfachleuten zu den großen NS-Prozessen ersuchten, teilte man ihnen lapidar mit, man habe kein Geld für die Reisekosten.

Erst als Jahrzehnte später die internationale Reputation unserer Justiz wackelte, schlug man publikumswirksam zu und verurteilte den Autor David Irving, praktischerweise einen Briten. Ein richtiger und kein schlechter Schachzug, fürwahr.

Richterinnen und Richter stehen nicht außerhalb des politischen Zeitgeists. Gegen ihn aufgetreten sind wenige. Für mich hat die Formel „Nur nach richterlicher Prüfung“ überhaupt nichts Beruhigendes. Ich kann mir nicht helfen.

Kurt Scholz ist Restitutionsbeauftragter der Stadt Wien und war langjähriger Wr. Stadtschulratspräsident.

meinung@diepresse.com



VON KURT SCHOLZ

KORREKTUREN

Gastkommentar. Vedran Džihčić, Autor des Gastkommentars vom 2. Oktober, ist nicht, wie versehentlich angegeben, Research Analyst bei der Assoziation Bosnien-Herzegowina 2005, sondern Österreich-Direktor der Nachfolgeorganisation CEIS.